

## KOMMUNIKATION UND BÜNDNIS – ZUR ROLLE OBERDEUTSCHER REICHSTÄDTE

Bauernaufstände und Bürgerunruhen im späten Mittelalter und die Revolten des »gemeinen Manns« in der beginnenden Neuzeit fanden vor allem in der sozial- und wirtschaftsorientierten historischen Forschung der 1960/70er Jahre ein international beachtliches Forum. In grenzüberschreitender Intention beschäftigte man sich im Zeichen des West-Ost-Konfliktes auf der einen (östlichen) Seite des »Eisernen Vorhangs« mit der frühbürgerlichen (und bäuerlichen) »Revolution«, die im Klassenkampfkonzept marxistisch-leninistischer Forschung den Auftakt bildete für soziale Widersprüche und das Anwachsen von respektablen Volksbewegungen. Auf der anderen (westlichen) Seite differenzierte sich – nicht zuletzt als Folge des Argumentationsaustausches zwischen Ost und West – die durch *Günther Franz*<sup>1</sup> seit 1933 in zahlreichen Auflagen noch einseitig politisch-rechtlich initiierte Deutung des Krieges zugunsten einer Sicht, die nicht nur politische, religiös-rechtliche, sondern auch soziale und ökonomische Aspekte gleichberechtigt sah. So stellt sich heute aus Anlaß der 475jährigen Wiederkehr der gesellschaftlichen Veränderungen in den Jahren 1524/25 die berechtigte Frage, ob es überhaupt noch Möglichkeiten zu einer innovativen Betrachtung des Bauernkrieges gibt. Diese Skepsis trifft insbesondere für Oberschwaben zu, wo seit jeher die allgemeine Forschung durch quellengesättigte Regionalstudien<sup>2</sup> begleitet und ergänzt wurde. Dabei haben seit dem Niedergang getrennter Geschichtsbilder in Sachen bäuerlich- bürgerlichen Revolutionsgeistes mit dem Fall der Mauer auch vergleichende, landschaftsübergreifende Modelle eine Chance.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Zuletzt: *Günther Franz*, Der deutsche Bauernkrieg, 12. Auflage. Darmstadt 1984.

<sup>2</sup> Als Auswahl: *Christian Greiner*, Die Politik des Schwäbischen Bundes während des Bauernkrieges 1524/1525 bis zum Vertrag von Weingarten, in: Zeitschrift des Historischen Vereins für Schwaben 68 (1974), 7–94; Die Correspondenz des schwäbischen Bundeshauptmanns *Ulrich Artzt* von Augsburg a. d. J. 1524, 1525, 1526 und 1527. Hg. Wilhelm Vogt, in: Zeitschrift des Historischen Vereins für Schwaben 6 (1878), 281–399; 7 (1880), 233–372; 9 (1882), 1–57 und 10 (1883), 1–269. (Im Folgenden als *Artzt* mit der jeweiligen Dokumentennummer zitiert); *Franz L. Baumann* (Hg.), Akten zur Geschichte des deutschen Bauernkrieges aus Oberschwaben. Freiburg i. Br. 1877; *Wolfgang Petz*, Der Allgäuer Bauernkrieg von 1525. Bemerkungen zum gegenwärtigen Forschungsstand, in: Allgäuer Geschichtsfreund 80 (1980), 92–111; *Wilhelm Liebhart*, Der Bauernkrieg auf dem Lechfeld und in der Reischenau, in: 20. Jahresbericht des Heimatvereins Landkreis Augsburg 1985/86 (1987), 121–155; *Thomas S. Sea*, Schwäbischer Bund und Bauernkrieg: Bestrafung und Pazifikation, in: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), Der deutsche Bauernkrieg 1524–1526. Göttingen 1975, 129–167.

<sup>3</sup> Zuletzt am Beispiel Thüringens und Schwabens: *Thomas Lau*, Bürgerunruhen und Bürgerprozesse in den Reichsstädten Mühlhausen und Schwäbisch Hall in der Frühen Neuzeit. Bern, Berlin u. a. 1999.



Das Tor zu neuen Fragestellungen öffnete bereits *Peter Blickle*.<sup>4</sup> Die bisherigen Interpretationsmodelle moderierte er, indem er zum traditionellen »reaktiven« Ansatz ein »kreatives« Konzept stellte. Kreativität umschließt dabei auch die interessanten Fragen, wie sich der Widerstand im Kontext von Gemeinde und Genossenschaft organisierte, inwieweit individuelle Blickrichtungen die Bewegung beeinflussten und ob die verschiedenen Haufen aufständischer Bauern in einer überregionalen Verbindung standen. Darauf konzentrierte sich die Arbeit der jüngsten Forschung.

Hatte die nun sichtbar gemachte Widerstandskraft von sozial minderprivilegierten Gesellschaftsschichten eine faszinierende Wirkung auf die Geschichtsschreibung mit Blick auf alternative Lebens- und Herrschaftsformen<sup>5</sup> im Alten Reich, so scheint mir, blieb der Versuch, die Kreativität alternativer Herrschaftssysteme und bäuerlicher Reformforderungen mit der Reaktion der Regierenden zu verbinden, bisher kaum beachtet. Dies setzt einen Perspektivenwechsel voraus, der auch die Möglichkeiten traditioneller Herrschaftsgeschichte in der Blickrichtung von »Oben« nach »Unten« erweitert und der die häufig getrennt untersuchten Phänomene bäuerlich-ländlicher und bürgerlich-städtischer Willensbildung verbindet. Die paradox erscheinende Mischung von »kreativ innovativer« Reaktion steuert schließlich auch ein Erklärungsmuster für den relativ schnellen Erfolg des Schwäbischen Bundes und der assoziierten oberdeutschen Reichsstädte bei, das jenseits von vordergründigen militärischen und machtpolitischen Begründungen liegt. Eine der wichtigen Voraussetzungen für die Niederschlagung des bäuerlichen Widerstands scheint in dem ausgezeichnet funktionierenden Informationssystem innerhalb der Schwäbischen Bündnispartner zu liegen. Hierzu leisteten insbesondere die Reichsstädte ihren Beitrag, die im Spätmittelalter ein effizientes Boten- und Nachrichtennetz aufgebaut hatten, das noch bis ins 17. Jahrhundert den neuen Postreitern ernsthafte Konkurrenz bereitete. In der Transparenz der Nachrichten unter den Partnern des Schwäbischen Bunds, lag – so die These – der entscheidende Vorteil gegenüber den gestreuten Initiativen der Bauern und Bauernhaufen. Diese setzten dagegen lange auf Verhandlungen mit einzelnen Territorien und Landesherren, wodurch zunächst allgemein integrierende Forderungen, geschweige denn Programme, unmöglich erscheinen mußten.<sup>6</sup> Anders dagegen der Schwäbische Bund, der im Bundestag und im Bundesausschuß zentrale Organisationsstrukturen schuf, die sich auf ein effizientes Nachrichtensystem stützen konnten. Der Blick auf die Schnelligkeit und Zuverlässigkeit wechselseitiger Benachrichtigung zählte bisher nicht zu den Schwerpunkten historischer Forschung, setzte man doch die Geburtsstunde frühmoderner Postdienste in die Regierungszeit Kaiser Maximilians I. Zudem konzentrierte man sich bei der Nachzeichnung frühmoderner Kommunikation eher auf die Flächenstaaten und großen Territorien als auf die (landlosen) Städte, da sie das Problem großer Distanzen und Zeitverluste im Alten Reich im administrativen Alltag zunächst binnenstaatlich zu lösen hatten.

<sup>4</sup> Zusammenfassend: *Peter Blickle*, Unruhen in der ständischen Gesellschaft 1300–1800 (Enzyklopädie Deutscher Geschichte 1). München 1988, 51–109.

<sup>5</sup> *Peter Blickle*, Kommunalismus, Parlamentarismus, Republikanismus, in: *Historische Zeitschrift* 242 (1986), 529–556; *Ders.*, Städtischer Republikanismus, in: *Peter Blickle* (Hg.), *Politische Kultur in Oberschwaben*. Tübingen 1993, 175–205; *Heinz Schilling*, Stadt und frühmoderner Territorialstaat: Stadtrepublikanismus versus Fürstensouveränität, in: *Recht, Verfassung und Verwaltung in der frühneuzeitlichen Stadt*, hg. v. M. Stolleis. Köln, Wien 1991, 19–39.

<sup>6</sup> *Horst Buszello*, *Der deutsche Bauernkrieg von 1525 als politische Bewegung*. Berlin 1969, 53 f.



## 1. Das reichsstädtische Botensystem

Die historischen Voraussetzungen für ein funktionstüchtiges Kommunikationswesen werden im allgemeinen mit der Geschichte der Post<sup>7</sup> in Verbindung gebracht. Diese ist jedoch eine Erfindung der frühmodernen Staatenwelt, die zur Zeit des Bauernkriegs noch ganz am Anfang stand. Von Vorteil für die Obrigkeit war es sicher, daß sich die Kanzlei des Schwäbischen Bundes bereits 1524/25 dieser Postdienste bediente. Als morgens am 31. März 1525 die kaiserlichen Gesandten Dr. Simon Pistoris und Jacob Sturm vor der Bundesversammlung erschienen und sich anboten, in einem Konflikt zu vermitteln, um *blutvergiesen, sterben, verheeren und verderben* zu vermeiden, war – wie viele Male zuvor – Eile geboten. Auf Augsburger Anraten hin sandten die Ulmer deshalb sofort *eine post* nach Memmingen zu den anderen Städten und ihrem Bundesausschuß. In Ulm ersuchte man die Gesandten, solange zu warten, bis Antwort eingetroffen sei. Darauf erwiderten die Doktoren bereitwillig und wie selbstverständlich, daß solches ohnehin ihr Auftrag sei.<sup>8</sup> Die Post zählte demnach 1525 bereits zum logistischen Umfeld frühmoderner Diplomatie im Bündnis. Die Wartezeiten auf rückkehrende Postreiter waren akzeptiert und kalkuliert.

Trotzdem waren es noch ältere Traditionen, die den technischen Ablauf der Kommunikation innerhalb und außerhalb des Schwäbischen Bundes beherrschten. Es waren dies die organisierten Botenanstalten der Städte, Klöster, Landesherren und Universitäten, die seit dem 14. Jahrhundert Nachrichten und Briefe zu Pferd oder zu Fuß zwischen Auftraggeber und Empfänger verteilten. In Oberdeutschland waren es insbesondere die Reichsstädte, die mit einem überregionalen Botennetz für einen zuverlässigen und schnellen Informationsfluß vor 1500 sorgten. Die meisten Ratsboten standen in einem Verband, der die Möglichkeiten grenzüberschreitender Kooperation im Städtebund oder im Schwäbischen Bund nutzte. Rechnungsbelege, Missiv- und Botenbücher und Ordnungen sind für die Nachzeichnung dieser spätmittelalterlichen Transportleistungen wichtige Quellen, aus denen auch der Alltag der Ratsbotschaften rekonstruiert werden kann.<sup>9</sup> Sogar über das Aussehen der Boten informieren illustrierte Codices aus dem 14. bis 16. Jahrhundert wie die berühmte Manesse-Liederhandschrift, die in einer Miniatur auf die Verschwiegenheit der Boten verweist, oder wie der Theuerdank aus der Zeit Kaiser Maximilians I., wo ein ankommender gespornter Briefbote, mit Horn am Gürtel, der sitzenden Königin die Antwort des Helden Theuerdank überreicht.<sup>10</sup>

<sup>7</sup> Wolfgang Behringer, Thurn und Taxis. Die Geschichte ihrer Post und ihrer Unternehmen. München 1990; Martin Dallmeier, Quellen zur Geschichte des europäischen Postwesens 1501–1806, Teil I–III. Kallmünz 1977 und 1987; Fritz Ohmann, Die Anfänge des Postwesens und die Taxis. Leipzig 1909.

<sup>8</sup> Artzt (wie Anm. 2), Nr. 170, 1525 IV 2.

<sup>9</sup> Vgl. demnächst: Wolfgang Wüst, Reichsstädtische Kommunikation in Franken und Schwaben. Nachrichtennetze für Bürger, Räte und Kaufleute im Spätmittelalter, in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 62/3 (1999), im Druck.

<sup>10</sup> 500 Jahre Post. Ausstellung anlässlich der 500jährigen Wiederkehr der Anfänge der Post in Mitteleuropa 1490–1990. Regensburg 1990, 334 (Ausstellungstexte: Martin Dallmeier).





79. Der Bote. Karte aus dem »Hofämterspiel«, spätes 15. Jahrhundert.



Einzelnen Reichsstädten fiel innerhalb des oberdeutschen Nachrichtenverbunds eine Schlüsselrolle zu. Ulm spielte als Versammlungsort des Schwäbischen Bundes eine hervorgehobene Rolle, auf die noch einzugehen sein wird und die sich auch in der Augsburger Korrespondenz niederschlug. Im Ratsprotokoll von 1511 heißt es dann: *eodem anno am donerstag den XX. Marcii hat ain ersamer rat herrn Ulrichn Artzt altn burgermeister die künfftig jahre fur ain pund rat zu haben und den dermassen zu Ulm anzuzaigen beschlossen*.<sup>11</sup> Auch ältere Berichte weisen auf die zentralörtliche Stellung Ulms im Bund. Am 8. März 1506 erteilte der Augsburger Rat eine Instruktion, *was mein herr burgermaister Artzt auf künfftigem der stett des bunds versammlungtag zu Ulm handeln soll*.<sup>12</sup> Augsburg selbst zählte neben Nürnberg im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit dank seiner geographischen Lage und der besonders auf Handel und Gewerbe fußenden Prosperität zu den großen europäischen Kommunikationszentren.<sup>13</sup> Dort liefen mündliche und schriftliche Nachrichten, Botschaften und Briefe aus allen Richtungen von den unterschiedlichsten Adressaten an die verschiedensten Empfänger ein, sei es zum Verbleib in der Stadt, sei es zum Weitertransport. Die bereits im 14. Jahrhundert deutlich werdende Entwicklung hin zur Informationsdrehzscheibe verdichtete sich spätestens um die Mitte des 15. Jahrhunderts quantitativ dahingehend, daß die Räte der Stadt die gesonderte Sammlung zur Wiedervorlage und Registratur aller Art von eingehender »Post« anordneten. Städtebünde,<sup>14</sup> Landfriedensbündnisse und Einungen<sup>15</sup> hatten daran sicher ihren Anteil, trugen sie doch zu einer Intensivierung der Kommunikation bei. Bündnisse mußten dabei durchaus nicht immer politischer Ausrichtung sein, sorgten doch auch die gewerblichen Zunftorganisationen und das Handwerk für überregionale Informationsnetze.<sup>16</sup> In Nürnberg standen Städtebünde zudem in ursächlichem Zusammenhang mit der Verwaltungsorganisation. Die Stadt wurde im Vorfeld und als Folge des im Jahre 1449 einsetzenden, hauptsächlich gegen Nürnberg gerichteten Markgrafenkriegs geradezu mit einer Flut an Briefen – in erster Linie handelte es sich um Fehdedrohungen<sup>17</sup> – überzogen. Ein aus dieser Notlage heraus angelegtes Verzeichnis der Missiveingänge stellte zugleich auch eine beträchtliche Effizienzsteigerung für die Kooperation mit verbündeten Städten dar. Mit ihr korrespondierte offenbar auch eine Kanzleireform, wie sie sich in einer nach Themen geordneten Registraturbildung abzeich-

<sup>11</sup> Stadtarchiv Augsburg (im Folgenden: StadtA), Reichsstadt, Ratsprotokoll 1511, Eintrag vom 20. März.

<sup>12</sup> Ebd., Reichsstadt, Ratsprotokoll 1506, Eintrag vom 8. März.

<sup>13</sup> *Miloslav Polívka*, Nürnberg als Nachrichtenzentrum in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts, in: Hans-Dieter Heimann (Hg.), *Kommunikationspraxis und Korrespondenzwesen im Mittelalter und in der Renaissance*. Paderborn 1998, 165–177.

<sup>14</sup> *Harro Blesinger*, Der Schwäbische Städtebund in den Jahren 1438–1445. Stuttgart 1954; *Ernst Bock*, Der Schwäbische Bund und seine Verfassungen 1488–1534. Breslau 1927, erw. Neudruck: Aalen 1968; *Reinhard Stauber*, Herzog Georg von Bayern-Landshut und seine Reichspolitik. Kallmünz 1993; *Horst Carl*, Vom Appenzellerkrieg zum Schwäbischen Bund – Die Adelsgesellschaften mit St. Georgenschild im spätmittelalterlichen Oberschwaben, in: Peter Blickle/Peter Witschi (Hgg.), *Appenzell-Oberschwaben. Begegnungen zweier Regionen in sieben Jahrhunderten*. Konstanz 1997, 97–132.

<sup>15</sup> *Peter Moraw*, Die Funktion von Einungen und Bündnen im spätmittelalterlichen Reich, in: Volker Press (Hg.), *Alternativen zur Reichsverfassung in der frühen Neuzeit*. München 1995, 1–21.

<sup>16</sup> Für die rheinische Städtelandschaft untersucht bei: *Frank Göttmann*, *Handwerk und Bündnispolitik*. Wiesbaden 1977.

<sup>17</sup> *Thomas Vogel*, Fehderecht und Fehdepraxis am Beispiel der Reichsstadt Nürnberg (1404–1438). Frankfurt/Main 1998.



nete. 1453 ist sie belegt: *Item ein brief von Ulm und deßgleichen ein brief von Rotenburg, etlich geschichten, an gotzheusern und zyrden im vergangen krieg bescheen, antreffend, ligen in der eynung schattell* [!]. *Nota*.<sup>18</sup> Selbstverständlich nahm man während der Städtebündnisse von der Meinung der assoziierten Glieder Kenntnis. So übermittelte man 1445 dem Augsburger Rat auch *ain abschrift ains briefs, wie ir* [in Nürnberg] *den von Vlm von der verainung vnsers [...] des pfalzgrafen* [bei Rhein und Herzogs in Bayern] *wegen geantwirt hand*. Im Gegenzug schickte man den Nürnbergern *ain abschrift ains priefs, herjnn verschlossen, den wir* [in Augsburg] *den von Ulm der sachen halb geschriben haben, darjnn ir vnser maynung wol werdent vernemen*.<sup>19</sup> Bündnisse und militärische Optionen bedurften selbstverständlich vorgehender Planung, die in den reichsstädtischen Missionen gut belegt sind. Im Januar 1478 schickten viele oberdeutsche Reichsstädte in koordinierter Aktion nachts Laufboten los, um die Standpunkte befreundeter Städte in anstehenden Finanzierungsfragen für Reichskriege anzugleichen. Ihr Auftrag lautete, daß ihre *herren ze gutter gehaym ainen tag geen Vlm fürgenomen, dahin sy nit mer denn Straßburg, Augspurg, Vlm vnd sich selbs* [Nürnberg] *beschaden haben vff sonntag Jubilate abents da zesein vnd vnvernens von den dingen ze reden vnnd ze betrachten*. *Abzethun sey das mer annder stett auch wievil vnd wölliche vff ainen anndern tag zu ainander berueft*.<sup>20</sup>

Wichtiges Medium für die Bündnisvereinbarungen waren immer die Stadtboten. 1451 beauftragte man beispielsweise den Augsburger Hainrich Lang, sechs Tage in Nördlingen zu weilen, um dort *zu ettlichen stettbotten von abredung ainer puntnuß wegen* Kontakt zu halten.<sup>21</sup> Vielseitig und häufig war außerdem nicht nur in Krisenzeiten die Ausleihe der Ratsboten vor Ort, die im Auftrag auswärtiger Bürger und Räte Nachrichten überbrachten und Recherchen tätigten. Damit stellte sich auch in Friedenszeiten eine enorme Verbesserung der zwischenstädtischen Kommunikationsstränge ein. 1429 bat der Augsburger Rat in Nördlingen, *ir wöllend vns ewer ratsbottschaftt* [nach Crailsheim] *zuschicken, gelimpf vnd ungelimpf ze hören vnd der empfohlen vnser botschaftt alsda zum besten rätenlich sein vnd hilflich*.<sup>22</sup> Anlaß war ein Gerichtstag zu Crailsheim, einem wichtigen Stützpunkt von Brandenburg-Ansbach während des Markgrafenkriegs von 1449, bei dem auch Augsburger Handelsinteressen auf dem Spiel standen. Gegenseitige Hilfestellung blieb das Grundmuster zwei- und mehrpoliger Informationskanäle. 1440 dankten die Augsburger dem Nürnberger Rat, der seine Boten in Augsburger Mission nach Würth ausgeschiedt hatte, mit dem Versprechen, *das wir des gelichen auch tuen*. *Vnd wie ir* [zu Nürnberg] *den von Vlm darumb auch geschriben habent, item haben wir alles wol vernomen vnd wöllen das also* [auch] *gerne tun vnd vnser rautspottschaft vff den benampten tag gen Werd sennden*.<sup>23</sup> 1451 dankte man der Stadt Dinkelsbühl dafür, daß sie im Auftrag Augsburgs *ainem botten von Dinkelspuhel gen Routwyl* [Rottweil] *vnd von Rottwyl herwider gen Dinkelspuhel* [sandte]. *Hett brief von Routwyl herbracht – allz vmb ain sach*.<sup>24</sup> Bot das flächendeckende Botennetz

<sup>18</sup> Vermerk am linken Rand der Handschrift: Vgl. Dieter Rübsamen, Das Briefeingangsregister des Nürnberger Rates für die Jahre 1449–1457. Sigmaringen 1997, Nr. 4424.

<sup>19</sup> StadtA Augsburg, Reichsstadt, Schätze 105/IVb, Nr. 129, 28. April 1445.

<sup>20</sup> Ebd., Schätze 105/VII, Nr. 201, 31. Januar 1478.

<sup>21</sup> Ebd., Baumeisterbuch, Nr. 48, fol. 50r.

<sup>22</sup> Ebd., Schätze 105/III, Missive vom 27. Februar 1429.

<sup>23</sup> Ebd., Schätze 105/IVa, 9. Juni 1440.

<sup>24</sup> Ebd., Baumeisterbuch, Nr. 48, fol. 51v.







für die Reichsstädte bereits insgesamt Standortvorteile logistischer Art, so wären die Städtebünde des 14./15. Jahrhunderts ohne ein funktionierendes Kommunikationsmedium kaum vorstellbar gewesen. Als im Mai 1478 Augsburg, Nürnberg, Frankfurt und Ulm zu einem Bundestag nach Esslingen luden, verdeutlichte sich die Streuwirkung für die Depeschen seitens der Botendienste einzelner Städte. Der Augsburger Rat berichtete damals nach Nördlingen, daß *die abgeschriben zwe lateinisch vnnnd die teutsch coppeyen, so den von Nürnberg etc. nechst verschlossen zugesandt, sennd den obermellten vier stetten Nördlingen, Werd* [Donauwörth, Schwäbisch Wörth], *Kaufbeuren vnnnd Bopfingen yetzo auch eingeschlossen zugeschickt worden* seien. Mehr oder weniger zeitgleich sandte man demnach Boten in sechs andere Reichsstädte aus, die als Bundesgenossen im Privileg standen, rasch mit Informationen versorgt zu werden.<sup>25</sup> Exemplifizieren wir die Wichtigkeit städtischer Kommunikationstechnik an einzelnen Themen, so sind erstens die Beziehungen zu Kaiser und Reich und zweitens die Bemühungen um die Sicherung des Landfriedens zu nennen.

Zunächst wirkten reichsstädtische Gesandte und Boten gleichsam wie eine katalysatorische Schnittstelle bei der Verbreitung königlicher Mandate. Typisch für diese Anbindung an die diplomatische Tätigkeit des Reichsoberhauptes sind die Einträge in den Nürnberger Stadtrechnungen für den Sommer 1418: *Primo dedimus 7 lb 16 1/2 β hl [...] nuntiis, zu lauffen mit unsers hern künigs briefen von Venediger fart wegen, als er das Erharten Schürstab zu Costentz befohlen het, als wir desselben briefs ein abschrift schickten mit nemen gen Basel, Strasspurg, Wurmbs, Speir, Cölln, Meintz, Franckfurt und Windsheim.*<sup>26</sup> Wenig später zahlte der Rat nochmals *13 β hl zu botenlon gen Rotenburg, Windsheim und Sweinfurt als mit einer abschrift unseres hern künigs brief als von Venediger fahrt wegen.*<sup>27</sup>

Auch bei der Ausrichtung von Reichs- und Fürstentagen<sup>28</sup> bedienten sich vermutlich Kaiser und Reich in erster Linie städtischer Botennetze. Die Faktoren Kommunikation und infrastrukturelle Voraussetzungen einer Nachrichtenbörse sind allerdings im Blick auf die Tagungsorte<sup>29</sup> spätmittelalterlicher Reichsversammlungen<sup>30</sup> noch nicht untersucht worden, doch liegen sie für Augsburg und Nürnberg nahe. In Nürnberg fanden im Zeitraum von 1378 bis 1491 mindestens 46 Reichstage bzw. Städte- oder Fürstentage mit königlicher Beteiligung statt, deren Zustandekommen auch durch die zentrale Lage der Stadt und durch die Existenz der Kaiserburg als repräsentativer Herberge<sup>31</sup> auf sicherem Reichsboden ge-

<sup>25</sup> Ebd., Schätze 105/VII, Nr. 245, 25. Mai 1478.

<sup>26</sup> StaatsA Nürnberg, Reichsstadt Nürnberg, Stadtrechnungen, Bd. 3, fol. 6v; Zitiert nach: *Lore Sporhan-Krempel*, Nürnberg als Nachrichtenzentrum zwischen 1400 und 1700. Nürnberg 1968, 22.

<sup>27</sup> StaatsA Nürnberg, Reichsstadt Nürnberg, Stadtrechnungen, Bd. 3, fol. 10r.

<sup>28</sup> Zur Abgrenzung und Terminologie: *Peter Moraw*, Reichstag (ältere Zeit), in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, 28. Lieferung. Berlin 1987, 782–786.

<sup>29</sup> Zu den Auswahlkriterien: *Armin Wolf*, Tagungsorte von Ständeverfassungen und Parlamenten als Forschungsaufgabe, in: *Liber memorialis Heinrich Spoemberg*, Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe 17 (1968), 59–73. Zu Augsburg und Nürnberg, 61 ff.

<sup>30</sup> *Reinhard Seyboth*, Reichsstadt und Reichstag. Nürnberg als Schauplatz von Reichsversammlungen im späten Mittelalter, in: *Jahrbuch für fränkische Landesforschung* 52. Festschrift Alfred Wendehorst I (1992), 209–221; *Werner Goetz*, Einführung – Nürnberg in der Gunst des Reichsoberhauptes, in: Ausstellungskatalog der staatlichen Archive Bayerns 20. München 1986, 11–16.

<sup>31</sup> *Edmund Ries*, Die Nürnberger Burg als Herberge der deutschen Kaiser und Könige, in: *Das Bayerland* 45 (1934), 718–720.



fördert wurde. Mindestens ebenso wichtig schien aber auch die organisatorische Kompetenz des Rates zu sein, dessen beeindruckende Tatkraft und Umsicht die Abwicklung großer Reichsversammlungen meisterte. Die gepriesene Ratskompetenz<sup>32</sup> lag in der optimalen Nutzung aller wirtschaftlichen und sozialen Ressourcen und in der Existenz eines funktionsfähigen Botendienstes, ohne den die vorbereitende Koordinierung zum Chaos geworden wäre. Reichsstädtische Missiven vermitteln auch ein Bild, in welchem Maße die Reichsstädte Vorbereitungen trafen, um ihre Interessen vor Reichs- und Fürstentagen zu bündeln. Dies war in hohem Maße notwendig geworden. Nun ist die Geschichte der deutschen Städte zu dieser Zeit in einem sehr beträchtlichen Ausmaß gekennzeichnet von negativen Tendenzen, von Positionsverlusten, Stagnation und Schrumpfungsvorgängen, die es in der vorausgegangenen Periode der vollen Entfaltung des deutschen Städtewesens nicht gab. Die politische Stellung der Stadt war im 15. Jahrhundert bedroht. Der werdende Territorialstaat, der größere Räume umfaßte, schuf eine neue Situation. Nürnberg und Ulm, die sich ein Territorium von beträchtlicher Größe geschaffen hatten, waren kräftig genug, um sich gegen fürstlichen Druck zu behaupten, doch die Lage der Reichsstädte war im ganzen schwierig und im einzelnen hoffnungslos. Der Schwächung reichsstädtischer Positionen versuchte man in den Ratsstuben gegenzusteuern. So empfing der Nürnberger Rat vor dem Frankfurter Reichstag 1477 die Nachricht aus Augsburg, daß man *im besten vnd gemeinen nutz ihnen vnnnd etlichen anndern vnnsern gutten frunden* in den Städten schrieb, um vor dem *handel berattenlich zereden vnd zu rathschlagen, was auf dem gemeldten tag zu Frankfurt zehandeln vnnnd fürzenemen sey*. Die Nürnberger sollten deshalb ihre *ratsbotschaft mit volem gewallt gen Eßlingen schicken, das die auf freytag vor des hailligen crützttag schirist zu nacht daselbst an der herberg sey furter des morgens mit anndern vnnser frewd der stette vnd vnnsern machtbotten in obgemellter maynung das beste fürzenemen*.<sup>33</sup>

## 2. Städte als Informationsdrehscheibe 1524/25

Der Bauernkrieg und die damit verbundene städtische Friedens- und Wohlstandssorge führten schließlich nochmals zu einer Verbesserung und Verdichtung des entwickelten Informationsnetzes. Das städtische Botenwesen hatte Standortvorteile, doch sicher kein Monopol in Sachen Kommunikation im Bündnis. Auch die Fürsten bedienten sich eigener Gesandtschaften: Als sich in Franken die Bauern gegen die Brandenburger erklärten, *sy wollen, das alle schlösser und clöster zerrissen werden, sy wöllen auch den adel vertreyben und sich mit worten haben lassen mercken, sy wollen die undertädinger* [Unterhändler] *zu laden hinauss werfen*, schickte Markgraf Casimir zum Bamberger Bischof seinen Kanzler Dr. Kreitner los, der diese Nachricht dem Bund mitteilte.<sup>34</sup> Waren die Nachrichtenüberbringer im Fürstendienst aber häufig höherrangige Vertraute des Landesherrn gewesen, so hatten städtische Dienste eine breitere und professionellere Basis. Ihr Vorteil lag auch in ihrer Erfahrung, mit großen Distanzen zurechtzukommen. Im April 1525 übertrug man z. B. in Augsburg der Venediger Botschaft, *so gen England zieht* doch auch *en passant* in Ulm

<sup>32</sup> Seyboth 1992 (wie Anm. 30), 220.

<sup>33</sup> StadtA Augsburg, Reichsstadt, Schätze 105/VII, Nr. 131, 31. August 1477.

<sup>34</sup> Artzt (wie Anm. 2), Nr. 411, 1525 V 22.



vorzusprechen, um dort die *begehrten* 1500 fl. zu hinterlegen und dem Rat mitzuteilen, daß man ihm die 35 Zentner Schießpulver leihe und auf dessen *wagniss* nach Ulm schicken werde.<sup>35</sup> In der Phase, als sich im Februar/März 1525 ein Übergreifen bzw. die Übernahme systemverändernder Freiheitsgedanken aus der Schweiz in Oberschwaben abzeichnete, waren es städtische Boten, die diese Neuigkeit rasch an die Bundesräte weitergaben. So appellierten die Stände des Schwäbischen Bundes über eidgenössische *rathsbothen*, Herzog Ulrich von Württemberg den Durchzug in ihrer Obrigkeit zu verweigern und demselben weder Hilfe noch Beistand zu gewähren.<sup>36</sup> Auch die oberdeutschen Reichsstädte bündelten dabei ihre Ressourcen und entsandten gemeinsame Boten. Im März 1525 agierte dann der gemeinsame *eidgenössische rathsbothe* aus Luzern mit einer Botschaft nach Rottweil, um die zu Herzog Ulrichs Heer übergelaufenen Schweizer wieder abzufordern und um freies Geleit für die Eidgenossen zu erbitten.<sup>37</sup>

Beriet sich in Folge der Schwäbische Bund über geeignete Gegenmaßnahmen, waren auch die städtischen Vertreter als eigenständige Gruppe präsent. Anfang April 1525 trafen sich zu Memmingen der *obern städte bothschaften*, um sich mit den Bundesständen in Ulm auf eine gemeinsame Linie festzulegen. Anwesend waren die Gesandten aus Konstanz, Lindau, Biberach, Ravensburg, Kempten, Kaufbeuren, Wangen, Isny, Leutkirch und Memmingen.<sup>38</sup> Gegenseitige Hilfestellung unter den Reichsstädten für die Anliegen des Bundes war selbstverständlich. Von Rat zu Rat ersuchte beispielsweise Schwäbisch Wörth die Augsburger, die zur Bundeshilfe *gesandten 13 mann durch der stadt pfennigmeister gegen vergütung besolden und unterhalten* zu lassen.<sup>39</sup>

Die Jahre 1524/25 spiegeln auch für die Frage nach der Intensität der Kommunikation einen Stand wider, der für lange Zeit weder zuvor noch nachher erreicht werden konnte. Augsburg schnitt dabei im oberdeutschen Städtevergleich sicher günstig ab. Doch fehlen noch die Möglichkeiten durch einen direkten Vergleich städtischer Briefeingangsregister, wie sie für Augsburg überliefert sind, dies auch quantitativ für die oberdeutsche Region zu belegen. Günstig wirkten sich für Augsburg immer die Nähe Ulms als Sitz der Bundesversammlung, der hohe Standard eigener Botennetze und die stets vertraulichen Verbindungen zum Bundeshauptmann aus.

Die folgenden beiden Grafiken zeigen den exorbitanten Anstieg der Briefeingänge in den entscheidenden Monaten des Kriegsverlaufs in Oberschwaben. Die Korrespondenz zwischen dem Augsburger Rat und der Kanzlei des Schwäbischen Bundes hätte in den Monaten März bis September 1525 kaum intensiver sein können. Die Botensysteme des Rats leisteten in dieser Zeit Erstaunliches. Die Spitzenwerte in der Grafik »Augsburger Ratskorrespondenz« wären sogar nach oben noch zu korrigieren, wenn man 68 weitere, nicht exakt nach Tag und Monat datierte Schreiben aus dem Jahr 1525 hinzurechnet.

<sup>35</sup> Ebd., Nr. 250, 1525 IV 23.

<sup>36</sup> StadtA Augsburg, Reichsstadt, Literaliensammlung 1525 II 23. Boten an die Städte Schaffhausen, Zürich und Stein am Rhein.

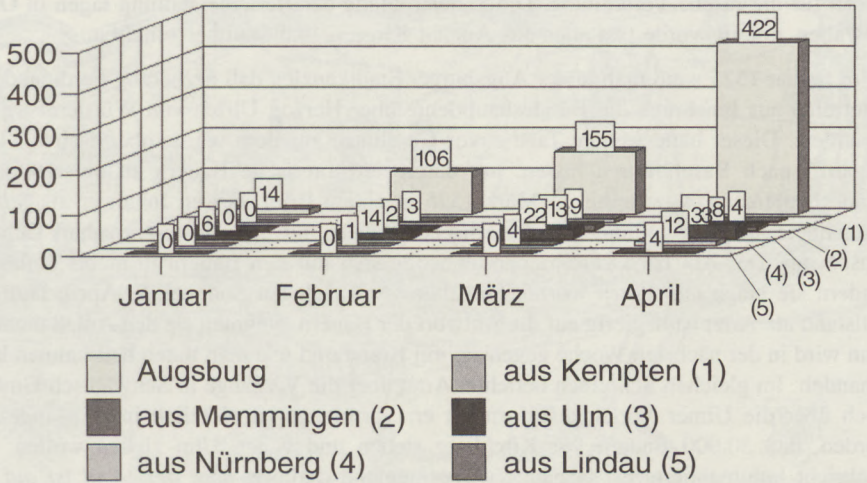
<sup>37</sup> Ebd., 1525 III 4.

<sup>38</sup> Ebd., 1525 IV 1.

<sup>39</sup> Ebd., 1525 II 21.

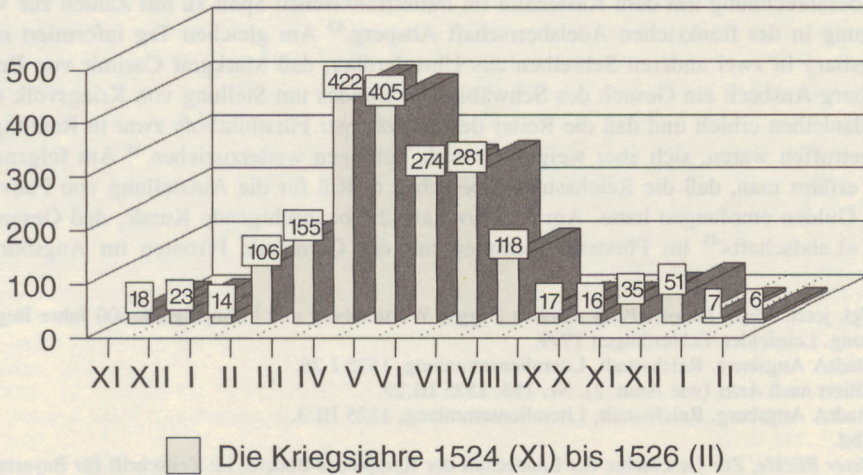


## Reichsstädtische Korrespondenz – 1525 – im Vergleich Briefeingänge Januar bis April 1525



## Augsburger Ratskorrespondenz

Monatliche Briefeingänge





Zu jeder Zeit schien der Augsburger Rat über den aktuellen Stand des Kriegsverlaufs unterrichtet zu sein. Dies betraf auch Geschehnisse, die sich abseits der engeren reichsstädtischen Interessenzzone ereigneten. Erster Informant war insbesondere die Ulmer Kanzlei des Schwäbischen Bundeshauptmanns; die reichsstädtischen Botenanstalten sorgten jedoch für die rasche Verbreitung. Die Schwerpunkte der Berichterstattung lagen in Oberschwaben, notiert wurde fast alles aus Adels-, Kloster- und Stadtherrschaften.

Im Januar 1525 weiß man in der Augsburger Stadtkanzlei, daß Erzherzog Ferdinand von Österreich aus Innsbruck die Bundeshauptleute über Herzog Ulrich von Württemberg unterrichtete. Dieser hätte wenige Tage zuvor Geschütze aus dem württembergischen Mömpelgard<sup>40</sup> nach Basel führen lassen, um damit aufrührerische Bauern zu unterstützen.<sup>41</sup> Bundeshauptmann Artzt teilte im März 1525 in einem Brief, dessen Inhalt er als *zeitung* bezeichnete, die Verhandlungen aufständischer Bauern mit der Klosterherrschaft Ochsenhausen mit. Der Abt habe geschrieben, er wolle sich mit den Bauern in nichts einlassen, sondern sie lange *mit guten Worten* hinhalten. Am nächsten Sonntag, 2. April, läuft der Stillstand ab. Artzt ist begierig auf die Antwort der Bauern. Nehmen sie den Anlaß nicht an, dann wird in der nächsten Woche gegen sie mit Brand und wie man ihnen beikommen kann gehandelt. Im gleichen Schreiben berichtet Artzt über die Vorgänge in Schwäbisch Gmünd. Auch über die Ulmer Vorgänge informiert er: vormittags ist plötzlich im Rat angezeigt worden, daß 30.000 Bauern vor Kirchberg stehen und gegen Ulm ziehen wollen. Die Nachricht kommentierte er: Genaues wisse niemand darüber, aber *der bund ist auf der hut*.<sup>42</sup> Die Augsburger Ratskorrespondenz ist für die Jahre 1524/25 so dicht, daß man sicher sagen kann, der Rat konnte sich zu jeder Zeit ein aktuelles Bild der herrschaftlichen Verhältnisse im deutschen Südwesten zurechtlegen. Allein in der Literaliensammlung des Augsburger Stadtarchivs zählt man 155 Einträge nur für den Monat März des Jahres 1525, womit sicher noch nicht die gesamte Magistratspost erfaßt ist. Die hohe Zahl der eingegangenen Briefe erklärt sich durch die Bitte des Rats, immer umfassend informiert zu sein. Über finanzielle Transaktionen des Bundes erfährt der Rat weit mehr als für seine Entscheidungsfindung notwendig gewesen wäre. Am 3. März spielt man den Ratsherren eine Bundesabrechnung mit dem Kastenamt im mittelfränkischen Spalt zu mit Zahlen zur Verwaltung in der fränkischen Adels Herrschaft Absperg.<sup>43</sup> Am gleichen Tag informiert man Augsburg in zwei anderen Schreiben aus Ulm darüber, daß Markgraf Casimir von Brandenburg-Ansbach ein Gesuch des Schwäbischen Bundes um Stellung von Kriegsvolk und Geldanleihen erhielt und daß die Reiter des Würzburger Fürstbischofs zwar in Reutlingen eingetroffen waren, sich aber weigerten, nach Tübingen weiterzuziehen.<sup>44</sup> Am folgenden Tag erfährt man, daß die Reichsstadt Biberach a. d. Riß für die Aufstellung von Fußvolk 485 Gulden empfangen hatte. Am 5. März kam die beunruhigende Kunde, daß Gesandte der »Landschaft«<sup>45</sup> im Fürststift Kempten mit der Gemeinde Pfronten im Augsburger

<sup>40</sup> Vgl. jetzt: Sönke Lorenz/Peter Rückert (Hgg.), Württemberg und Mömpelgard. 600 Jahre Begegnung. Leinfelden-Echterdingen 1999.

<sup>41</sup> StadtA Augsburg, Reichsstadt, Literaliensammlung, 1525 I 26.

<sup>42</sup> Zitiert nach Artzt (wie Anm. 2), Nr. 158, 1525 III 29.

<sup>43</sup> StadtA Augsburg, Reichsstadt, Literaliensammlung, 1525 III 3.

<sup>44</sup> Ebd.

<sup>45</sup> Peter Blickle, Zur Geschichte der Landschaft der Kemptener Bauern, in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 30 (1967), 201–241. Zum Quellenbestand: StaatsA Augsburg, Fürststift Kempten: Altkemptische Landschaft und Altkemptische Landschaftskasse.







Hochstift kooperierten, daß im Bregenzer Wald zahlreiche Gemeinden zu den Bauern übergelaufen seien und daß ein gewisser *Hurlawag* zum obersten Anführer aufständischer Bauern um das zollerisch-württembergische Balingen gewählt wurde.<sup>46</sup> Seit 7. März weiß der Augsburger Rat, daß die Bauern vom Allgäu, Bodensee und Ried bei Memmingen sich in der Stadt Memmingen versammelt hatten, um die Bundesstände zu bitten, sie künftig *bei dem hl. evangelium, gotteswort und göttlichen rechten zu schützen* und keine Gewalt gegen sie zu gebrauchen. Der Memminger Rat erklärte danach, *an den baurischen empörungen keinen antheil genommen zu haben*.<sup>47</sup> Im April erhält der Rat eine Abschrift des Berichts des vorderösterreichischen Amtmanns zu Stockach, Peter Offner, an Jörg Truchseß von Waldburg. Danach zogen die Bauern gegen die Landgrafschaft Nellenburg, um anschließend das Kloster Reichenau einzunehmen.<sup>48</sup> Der Ruf nach Informationen wurde lauter und lauter, denn er verschuf den Räten neue Handlungsspielräume. Im Mai 1525 ersuchte der Rat zu Augsburg die Stadt Kempten um eine Abschrift des Vertrags, der zwischen Jörg Truchseß und den Bauern am Bodensee und im Allgäu aufgerichtet wurde. Sie diene schließlich als Vorlage für Vereinbarungen mit den eigenen Hintersassen. Auch zeigte man großes Interesse im Rat an jenen Nachrichten, die nur für die Aufständischen bestimmt waren. So erreichte man durch eigene Kundschafter beispielsweise bei den Räten zu Ehingen a. d. Donau die Herausgabe und *sendung* eines Briefs, der dort einem Bauernboten abgenommen worden war.<sup>49</sup>

Rechtzeitige Informationen aus den Krisengebieten verhinderten in den oberdeutschen Reichsstädten auch gravierende ökonomische Einbrüche während des Bauernkriegs. Wichtig sind vor allem die Geleitstraßen zu den Frankfurter Messen. Im April 1525 ist der Augsburger Rat in Sorge, da das Geleit für die Kaufleute aus Frankfurt wegen des *zu fürchtenden einfalls herzog Ulrichs in das land Württemberg* unsicher erschien. Der Augsburger Rat hatte dabei offenbar Informationen aus erster Hand. Er berichtete an den Schwäbischen Bundeshauptmann nach Ulm: In Augsburg sei *kundschaft* eingetroffen, daß Herzog Ulrich wieder auf den Beinen sei und daß man aus Stuttgart flüchtet. Diese Kunde sei dem Rat *beschwerlich* wegen seiner Kaufleute und ihrer Güter, die jetzt von Frankfurt heraufziehen. Ulrich Artzt möge deshalb sofort beim kaiserlichen Statthalter für Württemberg anfragen, wie es mit dem Geleit stehe. Wäre die Sache besorglich, so möge der Hauptmann alsbald einen vertrauten *reitenden boten* nach Frankfurt schicken mit der Weisung, unsere Kaufleute sollten Württemberg umfahren. Auch andernorts schienen reichsstädtische Handelsinteressen auf dem Spiel zu stehen. Im April erfuhr man auch, daß die Verbindung zur Schweiz nicht mehr sicher erschien. Von dort war die *abnahme etlicher kaufmannsgüter durch die bauren um Lindau* gemeldet worden.<sup>50</sup> Wenige Tage später mußte es dagegen wie Balsam in den Handelskontoren einer Reichsstadt wirken, als man in Sachen *geleit für die kaufleute aus der frankfurter messe* vernahm, daß Bundeshauptmann Jörg Truchseß von Waldburg 600 (!) unbotmäßige Bauern erschlagen und *ettliche hundert* gefangen genommen hätte.<sup>51</sup> Mit den konkreten Zahlenangaben verfuhr man, gemäß der Berichterstattung im 16. Jahrhundert, freilich noch recht großzügig.

<sup>46</sup> StadtA Augsburg, Reichsstadt, Literaliensammlung, 1525 III 5.

<sup>47</sup> Ebd., 1525 III 7.

<sup>48</sup> Ebd., 1525 IV 26.

<sup>49</sup> Ebd., 1525 V 5.

<sup>50</sup> Ebd., 1525 IV 10.

<sup>51</sup> Ebd., 1525 IV 17.



Reichsstädtische Informationsdienste reichten auch während des Bauernkriegs weit über die oberdeutsche Region hinaus; sie orientierten sich im Bemühen um Landesfrieden und Standessolidarität<sup>52</sup> in erster Linie an allen Mitgliedern des Schwäbischen Bundes. Notizen zur Rolle des Brandenburger Markgrafen Casimir im Bündnis aus Augsburger Quellen verdeutlichen dies. Im Februar 1525 meldete man den Ansbacher Vollzug der Bundeshilfe *zu ross und fuss* über Ulm nach Augsburg.<sup>53</sup> Im März suchte der Brandenburger beim Grafen zu Oettingen Unterstützung gegen *bauren empörungen* zu Weitingen und am Eselberg.<sup>54</sup> Später weiß man, daß der Markgraf die verbündeten Bundesstände Bamberg, Würzburg, Eichstätt, Bayern und die Stadt Nürnberg *wegen empörung der bauren* um Rothenburg ob der Tauber, im Jagsttal und bei Windsheim bat, *mit 300 pferden zu hilfe zu kommen*.<sup>55</sup> Im April richtet der Bund an Casimir von Brandenburg-Ansbach den Aufruf, sich *der bauren empörung* um Mergentheim an der Tauber entgegenzustellen, wo Aufständische Schloß und Stadt, ebenso das Schloß Neuhaus und *andere flecken* eingenommen und die Vögte in den Kommendtureien des Deutschen Ordens<sup>56</sup> gefangen genommen hätten.<sup>57</sup> Der grenzüberschreitende Boten- und Informationsdienst lieferte den oberdeutschen Räten und den für die konkrete Bündnishilfe wichtigen reichsstädtischen Zeugämtern nicht nur über hohenzollerische Markgraftümer in Franken aktuelle »Daten«, sondern sie verwiesen auch auf einen anderen neuralgischen Punkt im Bauernkrieg, auf das von 1520 bis 1534 unter kaiserlicher Statthalterschaft stehende Herzogtum Württemberg. Dort stand zu befürchten, daß der exilierte Herzog Ulrich mit den Bauern und den Eidgenossen gemeinsame Sache machen würde. Man berichtete deshalb am 27.1.1525 über Herzog Ulrich von Württembergs *rüstung und bündniss mit den bauren im Schwarzwald und in Heggaw* [Hegau]. In Richtung Eidgenossenschaft zielte ein zweites ernstes Anliegen vom 30. Januar. Darin erteilte Erzherzog Ferdinand von Österreich aus Innsbruck über Ratsboten den Auftrag an die Hauptleute im Schwäbischen Bund, allen Kommissären *eiligst* den Stockacher Beschluß mitzuteilen, ob man Herzog Ulrichs Geschütze auf dem Transport nach Basel aufhalten müsse. Mit Argusaugen beobachtete man Ulrichs Korrespondenz. Am 16.2.1525 erfuhr man in Augsburg aus Schaffhausen von des Herzogs *offenem* Ausschreiben, ihn in seinem Vorhaben gegen den Schwäbischen Bund *um wiedererlangung des herzogthums Württemberg* nicht zu behindern, ja ihn in seinem Recht zu schützen und zu schirmen. Am 20.2.1525 teilte man aus Schaffhausen das Gesuch Herzog Ulrichs mit, worin er sich an Trier, an die Pfalz und Hessen gewandt hatte, ihn *mit hilf und beistand* zu stützen. Am 22.2.1525 folgte mit reichsstädtischer Hilfe die Warnung der Bundesstände an den Statthalter in Stuttgart, gegen den Heerzug Herzog Ulrichs von Württemberg gerüstet zu sein und die Landesschlösser, Städte und Märkte mit zuverlässigen Gefolgsleuten zu besetzen, *da der baurschaft nicht zu trauen ist*.<sup>58</sup> Reiter überbrachten Mandate an sämtliche Bundes-

<sup>52</sup> Horst Carl, Landfriedenseinung und Standessolidarität – der Schwäbische Bund und die »Raubritter«, in: Christine Roll (Hg.), Recht und Reich im Zeitalter der Reformation. Frankfurt am Main 1996, 471–492.

<sup>53</sup> StadtA Augsburg, Reichsstadt, Literaliensammlung, 1525 II 24.

<sup>54</sup> Ebd., 1525 III 17.

<sup>55</sup> Ebd., 1525 III 26.

<sup>56</sup> Dieter J. Weiß, Die Geschichte der Deutschordensballei Franken im Mittelalter. Neustadt/Aisch 1991.

<sup>57</sup> StadtA Augsburg, Reichsstadt, Literaliensammlung, 1525 IV 2.

<sup>58</sup> Quellennachweise unter dem jeweiligen Datum in: StadtA Augsburg, Reichsstadt, Literaliensammlung (wie Anm. 57).



verwandte, gegen den anzug herzog Ulrichs v. Württemberg gerüstet zu sein und schleunige hilfe hr. Jörg Truchsässen zuzusenden.<sup>59</sup> Korrespondenten wußten auch aus der Stadt Waldshut Details über Herzog Ulrichs Rüstungsstand zu berichten.<sup>60</sup> Zudem trugen sie Sorge, daß die Landstände in Württemberg mehr *herzögisches*, *dann ferdinandisch* gesinnt sein könnten. Immer wieder nahmen dabei reichsstädtische Botenanstalten eine wichtige Funktion ein. So richtete auch der Rat zu Esslingen an die Bundesstände in Ulm mehrere Petitionen. Am 31.1.1525 folgte beispielsweise ein Gesuch, die vorfinanzierte Summe von 3817 Gulden an Besoldungen für Landsknechte im württembergischen Bundeskrieg an die Stadtkasse zurückzuzahlen. Finanzfragen interessierten die Reichsstädte, die einen Großteil der Kriegskosten trugen. So ließ man sich über die Rechnungslegung der Bundeskasse detailliert berichten. So wissen es am 2.1.1525 bereits die Augsburger, daß am Vortag Gabriel Graf zu Ortenburg als Schatzmeister Erzherzog Ferdinands *den empfang von 20<sup>m</sup> fl. des fürstenhauses Württemberg halben* quittiert hatte.<sup>61</sup>

Informationen drangen aber auch ohne direkte Beteiligung von Ratsboten in die beteiligten Reichsstädte, weil man sich dort einer raschen Streuwirkung von Neuigkeiten sicher sein konnte. Als im Mai 1525 erste Vermittlungsangebote mit Bauernhaufen im Bodenseegebiet und im Alpenraum ausgearbeitet waren, hatten diese – laut Nachricht, welche dem Bürgermeister von Ravensburg zugekommen ist – zwei Allgäuer Haufen nicht annehmen wollen. Mit ihnen hatte Merk Sittich von Ems verhandelt. Der Seehaufen aber will nach Ravensburger Depeschen den Bericht annehmen, *doch das man inen auch hilf und beystand thue, das sy die andern nit zu inen tringen, dann sy künden nit gedulden, wo die andern verprennen sollen.*<sup>62</sup>

### 3. Die Korrespondenz des Augsburger Bundeshauptmanns Ulrich Artzt

In der Korrespondenz des Bundeshauptmanns und mehrfachen Augsburger Bürgermeisters Ulrich Artzt mit oberdeutschen und fränkischen Städten spiegeln sich einige Themen wider, die die Rolle der Reichsstädte während des Bauernkriegs nochmals verdeutlichen können. Die Protokolle der Bundesversammlung bestätigen die enge Anlehnung an eine städtische Denkweise und an die Vermittlerrolle der Räte. Als beispielsweise im November 1525 Salzburg die Aufnahme im Bund begehrte, konsultierte Artzt zunächst die städtischen Ratsvertreter im Bundesausschuß: Die Städte, insbesondere Ulm und Nürnberg, *mit denen sich Artzt besprochen*, sind einer Aufnahme nicht abgeneigt.<sup>63</sup> Erst dann sei den Salzburger Botschaftern aufgetragen worden, auch schriftlich anzuzeigen, mit welchen Städten (!) und Schlössern sie eintreten wollen, um desgleichen auch die territorialen Grenzen anzuzeigen. Einzelne Reichsstädte wahrten dabei im Bundesrat durchaus ihr Profil und ihr gesondertes Interesse. In der Korrespondenz fiel dabei Augsburg eine exemplarische Rolle zu, hatte die

<sup>59</sup> Schreiben vom 21.2.1525.

<sup>60</sup> Bericht vom 20.2.1525.

<sup>61</sup> StadtA Augsburg, Reichsstadt, Literaliensammlung, 1525 I 2.

<sup>62</sup> Artzt (wie Anm. 2), Nr. 370, 1525 V. 11.

<sup>63</sup> Ebd., Nr. 694, 1525 XI. 27.





82. Ulrich Artzt, Augsburger Bürgermeister und Hauptmann der Städte im Schwäbischen Bund. Silberstiftzeichnung von Hans Holbein d. Ä., nach 1513.



Stadt doch langjährige Amtsverbindungen zum Bundeshauptmann innegehabt.<sup>64</sup> Am 8. März 1506 hatte Artzt bereits die aussagekräftige Instruktion erhalten, *was mein herr burgermaister Artzt auf künfftigem der stett des bunds versamlungtag zu Ulm handeln soll*.

### 3.1. Die Bundesfinanzen

Die Bundesfinanzen wären ohne die reichsstädtischen Zahlungen sicher zu gering gewesen, um die Bauernunruhen ähnlich wirksam zu bekämpfen, wie dies 1524/25 geschehen konnte. So war es nur systemkonform, daß der Bund auch städtische Vertreter zur Ordnung seiner Haushaltsangelegenheiten bestellte. 1525 war es der Kemptener Bürgermeister Gordian Seuter, der auch als Bundespfennigmeister erfolgreich über Ausgaben und Einnahmen wachte. Er legte die Zahlungsmodalitäten fest. Im November 1525 verfügte er beispielsweise, daß eine Salzburger Schuldverschreibung über 14.000 Gulden *in zwei gleichen theilen* Weihnachten und Ostern bezahlt werden müsse.<sup>65</sup> Der Bund war trotz reichsstädtischen Finanzmanagements fortwährend in Geldnöten. Die Ratskorrespondenzen sind voller Ausrufe um *eilende hilfe* in Geldangelegenheiten. Am 16. Februar 1525 legte man in einer neuen Bundesanlage von 2197 Gulden 28 Kreuzer den Augsburger Anteil mit 100 Gulden fest, den der Rat pünktlich bis zum 8. März nach Ulm schickte.<sup>66</sup> Andere nahmen es mit den Fristen für die Steuerhilfe nicht so genau. Im Februar notierte Artzt über die österreichische Bundeshilfe. Es möge der Erzherzog sowohl im Schwarzwald als auch in Tirol nach Landsknechten schauen lassen. Ferner möge er die schuldigen 20.000 Gulden zahlen. Außerdem stünden noch 2000 Gulden vom württembergischen Krieg und jetzt zwei Bundesanlagen aus. Der Erzherzog möge *dies geld von stund an erlegen, denn das erzeuge allgemeinen unwillen*.<sup>67</sup> Am 9. März berichtet Ulrich Artzt, daß Augsburger Reiter und Fußvolk bis Reutlingen und Tübingen vorgerückt seien: *Gott geb inen glück*. Es fehlten allerdings sechs Pferde, die gegebenenfalls mit Geld erstattet werden mußten. Herrsche doch davon – so Artzt – *kein Mangel* in Augsburg. Er bittet, der Rat möge in der Anlage des Bundes bald einen Teil nach Ulm schicken. Man müsse sich in Augsburg nicht sorgen, erste Stadt zu sein, wenn andere ihre Anlage noch nicht hinterlegt hätten. Bald werde nämlich ein neues Drittel Bundeshilfe aufgeschlagen, *denn wir müssen gelt machen*. [...] *Wann es schon mit hertzog Ulrich ein end hat, müssen wir mit den pauren daran und knecht bestellen, die sich gegen den paurn halten als trew und redlich kriegleut*.<sup>68</sup> Einige Städte sorgten auch untereinander für kurzfristige Finanzhilfen im Bund, die ebenfalls auf einer älteren Tradition gründeten. Am 14. März 1525 war laut Protokolleintrag Bürgermeister Kötterlin von Schwäbisch Wörth bei Artzt gewesen. Er zeigte an, daß seine Stadt an den Rat zu Augsburg geschrieben hätte, er möge durch seinen Pfennigmeister die Wörther Landsknechte bezahlen, *deren es 2 zu Ross und 14 zu Fuss sind*. Die zutreffende halbe Monatsbezahlung betrug 58 Gulden (für einen Reisigen 5 Gulden, für einen Fußknecht

<sup>64</sup> Mit getrenntem Votum verfuhr man auch in der Salzburger Angelegenheit. In einem Brief des Augsburger Rats wies man den Bundeshauptmann an, gegen die Aufnahmevorlage zu stimmen. Als Augsburger Bürgermeister ist Ulrich Artzt 1506, 1508, 1510, 1512, 1523 und 1527 nachgewiesen.

<sup>65</sup> Artzt (wie Anm. 2), Nr 691, 1525 XI. 25.

<sup>66</sup> Ebd., Nr. 38, 1525 II. 16.

<sup>67</sup> Ebd., Nr. 53, 1525 II. 22.

<sup>68</sup> Ebd., Nr. 117, 1525 III. 9.





83. Gordian Seuter, Bürgermeister zu Kempten. Ölbild, um 1525.



2 Gulden) und wird bereits nächsten Montag (20. März 1525) fällig.<sup>69</sup> Diese Art der Schulden tilgung setzte natürlich wechselseitiges Vertrauen und intensive Handelskontakte zwischen Städten voraus, die durchaus dem Kapitel reichsstädtischer Finanzkompetenz positiv zugeschrieben werden können. Freilich versiegten gelegentlich auch die reichsstädtischen Geldquellen, zumal dann, wenn die Räte selbst sich in ihrem Landterritorium mit Fehde, Aufständen und Kriegszügen konfrontiert sahen. Am 6. Mai 1525 entschuldigte sich deshalb der Nürnberger Rat vor den Bundesständen, *das begehrt anlehen von 10.000 fl. wegen sovieler [selbst] erlittener drangsalen und kriegsunruhen nicht aufbringen zu können*.<sup>70</sup>

### 3.2. Die Vermittlerrolle der Bürgermeister und Räte, eine republikanische Tradition?

Der schwäbische Bundeshauptmann Artzt sah sich trotz seiner überterritorialen zentralen Aufgabe primär den Städten verpflichtet. Dies entsprach einerseits sicher seiner Herkunft aus dem reichsstädtischen Patriziat und dem politisch ökonomischen Gewicht der Städte, könnte aber andererseits auch Ausdruck einer oberdeutsch republikanischen Tradition<sup>71</sup> sein, in der die Meinungsfindung in Kollegialorganen zum politischen Tagesgeschäft zählte. Die Verweise Ulrich Artzts auf vertrauliche Konsultation mit reichsstädtischen Vertretern sind jedenfalls zahlreich. Im Mai 1525 schrieb er, *als ich uf heut zwischen funf und sechs uhren nach mittentag in der versamlung gewesen bin, hat mir burgermaister und rat zu Bibrach geschriben, wie ir [in Augsburg] in der beyligenden copey vernemen werdt, wie sich der ober [bauern]hauf halten will. An nott weyter meldung zu thun und ir ab der copey zu vernemen habt, so hat mir der burgermaister von Kempten doch ingeheim [!] ain schreyben antzaigt, das ime seine herren zugeschickt haben*. Die wichtige Nachricht war zwar für den bayerischen Herzog bestimmt, doch ging sie bezeichnenderweise, nach Ausweis der Boteninstruktion, zuvor an den Augsburger Rat: *Datum Ulm den 4. tag May a<sup>o</sup> xxv in der 7 stund nach mittag. Diser pot reyt [eigentlich] zu hertzog Ludwigen gen Landsparg, darumb wölft im ein trinkgelt geben*.<sup>72</sup> Die Städte standen in Bundesfragen in regem Meinungsaustausch. Als es wegen der württembergischen Unruhen mit den Handelsgütern *sehr bedenklich* stand, hat Augsburg u. a. mit dem Bürgermeister von Kempten Zwiesprache gehalten. Die Städte beschlossen, durch die Versammlung schreiben zu lassen, der Pfälzer Kurfürst möge dem bündischen Heer in der Nähe Stuttgarts zu Hilfe kommen und der Pfälzer Amtmann zu Bretten möge doch ermahnt werden, *sich zu halten und zu thuen wie beider leuten zusteet*.<sup>73</sup> Städtische Nöte und Tugenden konnten so durchaus die Normsetzung im Bund beeinflussen. Viele Bürgermeister standen auch in einer vermittelnden Rolle zwischen Bund und Bauernschaft. In der Regel beauftragte man mit heiklen Missionen den Bürgermeister der nächstgelegenen Reichsstadt. Im Februar 1525 schickte der Bundesauschuß zu den Bauern, die sich zahlreich – 3000 Leute nannte der Bericht – vor der Ulmer Landstadt Leipheim versammelt hatten. Neben Johann von Königsegg und Wilhelm von Knöringen agierte Ulrich Neithart als Bürgermeister zu Ulm. Sie waren als Botschafter des

<sup>69</sup> Ebd., Nr. 124, 1525 III. 14.

<sup>70</sup> StadtA Augsburg, Reichsstadt, Literalienammlung, 1525 V 6.

<sup>71</sup> Vgl. hierzu. *Peter Blickle* (Hg.), *Verborgene republikanische Traditionen in Oberschwaben*. Tübingen 1998.

<sup>72</sup> Artzt (wie Anm. 2), Nr. 342, 1525 V. 4.

<sup>73</sup> Ebd., Nr. 345, 1525 V. 5.



Bundes gekommen, um nach dem Grund des Bauernprotestes zu forschen.<sup>74</sup> Wenig später vermittelte die Reichsstadt Kempten in einer anderen Mission. Im Konflikt des Fürststifts Kempten mit der Landschaft sprach der Fürstabt in Ulm vor und klagte dort über »seine« Bauern. Der Bundesausschuß schickte die Abgeordneten Adam vom Stain und den Bürgermeister von Kempten, um auszugleichen.<sup>75</sup> Reichsstädtische Bürgermeister schickte man auch in heiklen Finanzangelegenheiten aus, um den Bund diplomatisch zu vertreten. Als die Mittel des Bundes im Krieg gegen Herzog Ulrich im Februar 1525 knapp wurden, hat die Versammlung Bürgermeister Kress von Nürnberg zum bayerischen Schatzmeister mit dem Befehl geschickt, daß er von den 20.000 Gulden, die er an Ostern zahlen mußte, sofort 10.000 Gulden hinterlegen soll, weil der Bund jetzt Geld benötige, um gegen Herzog Ulrich eilig vorzugehen und der nächste Bundesanschlag erst in vier bis fünf Wochen fällig würde.<sup>76</sup> Nicht immer lag für reichsstädtische Vermittlerdienste auch ein offizieller Auftrag vor. So waren Bürgermeister Heinrich Besserer von Ravensburg und Gordian Seuter von Kempten seit dem 19. März 1525 in Memmingen tätig, um mit *Kemptischen und Algeuischen bauern* zu verhandeln, aber ohne Vollmacht des Bundes. Der Memminger Rat schickte wiederholt Boten zu ihnen, bat sie zu bleiben und sich um einen gütlichen Vergleich zu bemühen.<sup>77</sup>

### 3.3. Kriegspropaganda. Nachrichten aus erster Hand für ein reichsstädtisches Bürgertum

Großzügige reichsstädtische Finanzhilfe und die Bereitschaft der Bürgermeister, Räte, Bürger und Boten, logistische Hilfe für den Schwäbischen Bund zu leisten, konnten auf Dauer und bei hohem Niveau nur gewährleistet sein, wenn Existenzangst und Kriegsfurcht die Opferbereitschaft der Bürgerschaft hoch hielten. Ausgewählte und ungeschminkte Botschaften der Bundeshauptleute zum Kriegsgeschehen an eine sich innerhalb des Mauerrings ihrer Stadt vermeintlich sicher wöhnende Bevölkerung vermochten dabei zu motivieren, um das Defensionswerk des Bundes zu unterstützen. Die Berichte der Ratsboten sind aus diesem Grund reich an Informationen, die in allen Einzelheiten die Kriegsgreuel und die Vorteile des Bundesheers vor Augen führten. Im Juni 1525 war es Bundeshauptmann Jörg Truchseß, der in Heilbronn neun Bauern die Köpfe abschlagen und 40 an die Wagen schmieden ließ. Würzburger Reiter hätten außerdem in Mittelschwaben, obwohl dort etliche Bauern gehuldigt hätten, den Ort Balzhausen abbrennen lassen. Dies sei nur aus Rache geschehen, weil zuvor das Schloß Konrad von Rots von Bauern, unter denen auch die von Balzhausen waren, geplündert und verbrannt worden sei.<sup>78</sup> Nur zwei Tage später ließ man von Ulm den oberdeutschen Reichsstädten einen neuen Bericht des Jörg Truchseß von Waldburg zukommen, daß er das Städtchen Löwenstein beschossen und zur Übergabe gezwungen hätte. Dabei seien 61 Rädelsführer gefangen genommen und zwölf enthauptet worden. Die Bürger mußten Harnisch und *gewör* abliefern, anschließend Tore und Mauern – die Symbole urbaner Freiheit und Sicherheit – abbrechen.<sup>79</sup> Alle, die mit den Aufständi-

<sup>74</sup> Ebd., Nr. 29, 1525 II. 11.

<sup>75</sup> Ebd., Nr. 37, 1525 II. 16.

<sup>76</sup> Ebd., Nr. 68, 1525 II. 25.

<sup>77</sup> Ebd., Nr. 138, 1525 III. 22.

<sup>78</sup> Ebd., Nr. 456, 1525 VI. 3.

<sup>79</sup> Ebd., Nr. 460, 1525 VI. 5.



schen gemeinsame Sache machten, mußte in den Botschaften an die Bundesmitglieder ein schreckliches Schicksal ereilen. Auch kirchliche Vertreter wurden nicht geschont. Über die Schlacht von Leipheim berichtete Artzt ohne Umschweife, daß man dort auch *zwei pfaffen* hängte, da man ihnen das Schwert nicht *gönnen* wollte. Jörg hat trotzdem dem Pfarrer von Leipheim den Kopf abhauen lassen. Vom Günzburger Pfarrer wisse man noch nichts. Auf Drängen der Ulmer Bürger müsse man aber auch ihn bestrafen, wie man im übrigen allen anderen Rädelsführern *den kopf abhauen* lassen sollte.<sup>80</sup> Die Einseitigkeit der Berichte mußte den Bundespartnern Vertrauen einflößen. Ganz in dieser Intention war ein Bericht vom Juli 1525. Bei einem *scharmützel*, so versicherte Jörg Truchseß eidlich (!), seien auf »unserer« Seite nur Kriegsknechte umgekommen, aber viele Bauern erschossen worden. Der Bund habe so streng schießen lassen, daß sogar etliche Büchsen *erprochen* seien. Man habe 30 Zentner Pulver verbraucht.<sup>81</sup> Die Schilderung eines günstigen Kriegsverlaufs für die Bundesgenossen war stets ein Anliegen der Ulmer Kanzlei. Stagnation war stets verbunden mit dem Aufruf zur Waffenhilfe. Im Juli 1525 notierte man in einem typischen Fortgangsbericht: Heute liegt Jörg Truchseß zu Kettenhausen und zieht weiter nach Woringen. Die Bauern im Hegau halten ihre Stellung nicht mehr; sie weichen. Dabei *haben die unsern* [von] *denselben etwa vil erstochen, die kopf abslagen und erhengken lassen*. Erzherzog Ferdinand hat dagegen dem Bund geschrieben, gegen die Allgäuer still zu stehen. Man solle ihm 500 Pferde und 1000 Knechte entgegenschicken.<sup>82</sup>

Nachdem die Strategie, an den Rädelsführern abschreckende Exempel zu statuieren, um Nachahmung zu verhindern, nicht überall aufgegangen war, verfolgten die insbesondere für das städtische Bürgertum bestimmten Kriegsberichte bald andere Ziele. Im Januar 1527 begegnete man den *aufrurischen baurn* mit anderen Mitteln. Im Bund akzeptierte man zunehmend, *das die armen underthanen nit zu hart gestraft oder beschwert werden, damit man nit sie weither zu aufrur verursache*. Die Aufwiegler sollten auf den nächsten Bundestag zum *purgationseid* vorgeladen werden. Bundeshauptmann Artzt teilte auch gleich den Reichsstädten mit, daß er davon nichts halte, denn diese Leute schwören auch falsche Eide.<sup>83</sup>

### 3.4. Die Sicherung der Handelswege

Ein weiteres Thema der Berichte Artzts an die Adresse der im Schwäbischen Bund organisierten Reichsstädte war die Sicherung der Handelswege und der Geleitstraßen. Im April 1525 schickten Ulm und der Bundesausschuß Boten nach Stuttgart wegen der Kaufleute. Nach Sichtung der aktuellen Lage in Württemberg empfahl man über Kuriere seitens der Kanzlei Ulrich Artzts den Messeleuten in Frankfurt, auf der Rückreise denselben Weg wie auf der Hinreise einzuschlagen. Alle anderen Wege wären zu unsicher.<sup>84</sup> Im selben Monat berichtete die kaiserliche Regentschaft aus Stuttgart an die oberdeutschen Handelskontore: Von Herzog Ulrich hätte man keine sichere Kundschaft. Was das Geleit betrifft, so seien

<sup>80</sup> Ebd., Nr. 185, 1525 IV 7.

<sup>81</sup> Ebd., Nr. 625, 1525 VII 23.

<sup>82</sup> Ebd., Nr. 578, 1525 VII 8.

<sup>83</sup> Ebd., Nr. 851, 1527 I 16.

<sup>84</sup> Ebd., Nr. 204, 1525 IV 13.



leider in seinem Fürstentum an vielen Orten die Bauern aufrührerisch: bei Heilbronn, im Schöntal und in Hohenlohe. Es sollen ob 10.000 Mann sein. Unter diesen Umständen sei es schwer, die Kaufleute zu geleiten. Doch wolle die Regentschaft *das beste thun, dass dieselben sicher durch dies fürstenthum kommen*.<sup>85</sup> Nur Tage später erklärte Ulrich Artzt *des geleites halb*, daß er seit dem Weinsberger Aufstand kein Vertrauen mehr in die sicheren Straßen setze. Sein Rat sei deshalb, daß die Kaufleute sich jemand in einer »guten« pfälzischen Stadt suchen, um die Entwicklung abzuwarten.<sup>86</sup> Der Bund rechnete freilich auch mit der Finanzhilfe der reichsstädtischen Kaufmannsgilden und konterte entsprechend, wenn die Geldquellen versiegten. Im Mai 1525 nahm sich der Bund beispielsweise der Sicherung der Kaufmannstransporte ausdrücklich nicht an, weil die Kaufleute sich weigerten, eine Kriegsanleihe zu bewilligen. Außer in Kempten führte dies zu einer Verschlechterung des Warenverkehrs insbesondere mit Ulm und Ravensburg.<sup>87</sup> Dann agierten freilich die Städte selbst. So richtete z. B. der Augsburger Rat an die Stadt Speyer ein Gesuch, *der kaufleut güter noch eine kurze zeit in der stadt verwahrt liegen zu lassen* bis der Landfriede wiederhergestellt sei.<sup>88</sup>

#### 4. Ein Ausblick

Der Blick in die reichsstädtische Korrespondenz während der Bauernunruhen zeigte eine andere, vielfach unterschätzte Seite frühmodernen Fehde- und Kriegswesens. Kriege und regionale Aufstände zeitigten sicher unheilvolle Auswirkungen auf die betroffenen Regionen. Armut und menschliches Leid, finanzielles Risiko für viele, Gewinne für wenige und das Ende freier Handelswege, Raub, Mord und Totschlag, Fehde, Unfriede und Brandschatzung, Kriegszug und Erntevernichtung waren einige der Schattenseiten der Kriegsjahre 1524/25. Dennoch gab es gesellschaftliche Bereiche, in denen der Krieg – in Parallele zum Prozeß der Staatenbildung einerseits oder der Kommunalisierung andererseits – Anstöße gab, die zukunftsweisend werden sollten. Die Kommunikationssysteme zwischen den Reichsstädten waren einer dieser Bereiche gewesen, die in der Zwangslage des Bauernkriegs förmlich von einem Innovationsschub profitierten. Krieg und Fehde standen in diesem singulären Bereich eben für Modernität und nicht für Destruktion und Verlust. Die urbanen Kommunikationsformen näherten sich in der Stunde der Not an, so daß sie für das sich entwickelnde Reichspostsystem sowohl in Kriegs- als auch in Friedenszeiten im 16. Jahrhundert weiterhin ihre Schlüsselrolle wahrten.

<sup>85</sup> Ebd., Nr. 204, 1525 IV 1.

<sup>86</sup> Ebd., Nr. 219, 1525 IV 18.

<sup>87</sup> Ebd., Nr. 354, 1525 V. 6.

<sup>88</sup> StadtA Augsburg, Reichsstadt, Literaliensammlung, 1525 V 11.